

Keine Entlastung für Lehrerinnen und Lehrer von Seiten der Regierung in Sicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich hoffe, Ihr hattet erholsame Ferien und seid gut im neuen Schuljahr gelandet!

Wie jedes Jahr werden wir alle unser Möglichstes tun, um die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu begleiten, fachlich und menschlich.

Wir werden den uns nur zu gut bekannten Spagat machen zwischen optimaler Wissensvermittlung, Pädagogik und den vielfältigen zusätzlichen Aufgaben, die unsere Arbeit prägen. Und das, obwohl die Baustelle Schule während der Sommerpause nicht kleiner geworden ist. Baustelle? Für manche der dringendsten Bauvorhaben sind noch nicht einmal die Pläne vorhanden.

Was fehlt?

1. Immer noch der politische Wille, die Arbeitsbedingungen für Lehrende nachhaltig zu verbessern

Nach wie vor gibt es keine Unterstützung durch SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, SupervisorInnen, sowie zusätzliches administratives Personal.

Ohne diese Unterstützung wird es für uns aber immer schwieriger, unserem gesellschaftlichen Auftrag der Wissensvermittlung und pädagogischen Begleitung umfassend gerecht zu werden. Es kommt zu Überlastung, innerer Emigration und



von **Christine Mössler**
(HLW Graz, stv. Vorsitzende
des Fachausschusses
Steiermark)

Burnout-Gefährdung. Faktoren, die erfolgreiches Arbeiten mit den SchülerInnen massiv beeinträchtigen.


Dabei geht es gerade darum: Kindern und Jugendlichen über beste Bildung und Ausbildung den Weg zu ebnen für ein erfolgreiches, freies, selbstbestimmtes Leben. Und nicht darum, ihnen vorzuführen, wie man sich erfolgreich selbst ausbeutet.

2. Eine echte Bildungsreform

Daran wird auch Andreas Salcher, selbsternannter Bildungsexperte und nunmehr Bildungsberater des Neovizekanzlers, wenig ändern. Er sollte Vizekanzler und Finanzminister schnellstens dazu bringen,

das neue LehrerInnendienstrecht wieder aufzuschnüren, eine Arbeitsplatzstudie in Auftrag zu geben und eine klare Arbeitsplatzbeschreibung unseres Berufes darzulegen. Darüber hinaus sollten die zentralen Themen Elementarpädagogik, gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, Schulautonomie, LehrerInnen-ausbildung neu, Abschaffung des Weisungsrechtes und vom Parteiproporz unabhängige LeiterInnenbestellung ganz oben auf seiner Prioritätenliste stehen.

3. Die Bildungsmilliarde

Die unabhängigen PersonalvertreterInnen fordern sie seit Jahren – vergeblich. Die Regierung hat zwar Geld, um das selbstverschuldete Hypodesaster auszugleichen, in Fragen der Bildung regiert jedoch nach wie vor der Sparstift. Man sorgt 

▷ sich um den Wirtschaftsstandort. Um den Bildungsstandard sorgt sich niemand. Damit gefährdet die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bildungssystems und schmälert nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen, sondern gefährdet langfristig auch den so umhetzten Wirtschaftsstandort. Diese Haltung ist unverantwortlich und schadet Österreich insgesamt.

4. Die Imageverbesserung des Lehrberufs

Es mangelt den Regierungsparteien an Wertschätzung für unsere Arbeit, sie nehmen Attacken auf die Lehrerschaft einfach hin, Boulevardmedien können ihre populistischen Angriffe unwidersprochen unter die Leute bringen. Vergebens warten Lehrerinnen und Lehrer auf Reaktionen seitens der Bildungsministerin. Und ob Andreas Salcher daran etwas ändern wird, ist fraglich, hat doch gerade er kurz vor den Sommerferien in einem Interview (Kurier, 28-06-2014) gemeint, dass „Unterricht nur an jedem zweiten Tag stattfindet“. Damit bezog er sich auf die langen Ferien und die zahlreichen unterrichtsfreien Tage zwischendurch. In der Titelzeile verkürzte sich das jedoch zu „Lehrer arbeiten nur jeden zweiten Tag“. Womit wieder einmal treffsicher das Klischee bedient wurde, dass LehrerInnen vor allem Freizeit haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im November wählen wir wieder unsere Personalvertretungen – in der Schule, auf Landes- und Bundesebene.

Die Steirische LehrerInnen Initiative STELI-UG und die Österreichische LehrerInnen Initiative ÖLI-UG stehen für eine parteipolitisch unabhängige Personalvertretung aller Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind überzeugt, dass, wer Kolleginnen und Kollegen vertritt, keinem Loyalitätskonflikt ausgesetzt sein darf.

Er/Sie muss Forderungen stellen können, ohne auf ParteikollegInnen in der Regierung Rücksicht nehmen zu müssen.

Diesem Anspruch können nur parteipolitisch unabhängige PersonalvertreterInnen gerecht werden!

Stärkt daher mit Eurer Stimme am 26.11. und 27.11. die Arbeit der unabhängigen PersonalvertreterInnen und garantiert so eine von den politischen Parteien unabhängige Vertretung unseres Berufsstandes!

Auf ein gelingendes Schuljahr!

Christine Mössler

Personalvertretung und Gewerkschaft – zwei Schienen der Interessensvertretung

Das System der Sozialpartnerschaft sieht eine Vertretung der Interessen der Bediensteten gegenüber dem Arbeitgeber vor.

Auf betrieblicher Ebene übernehmen diese Aufgabe die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, gesetzliche Grundlage ist das Arbeitsverfassungsgesetz.

Für Bedienstete im öffentlichen Dienst wahren diese Aufgabe die PersonalvertreterInnen, die alle fünf Jahre neu gewählt werden. Ihre Rechte und Pflichten sind im Bundespersonalvertretungsrecht geregelt.

Grundsätzlich sind sie aufgefordert, die beruflichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu vertreten. Die Vertretung erfolgt an den jeweiligen Dienststellen. Verhandlungspartner der PersonalvertreterInnen ist der/die jeweilige DienststellenleiterIn.

Am 26. und 27.11.2014 finden in Österreich Personalvertretungswahlen statt. Wahlberechtigt sind alle KollegInnen,



von **Josef Innerwinkler**
(HTL Graz-Gösting,
Fachausschuss Strmk.)

die seit mindestens 15. September 2014 Bundesbedienstete/r sind und am 27. November 2014 (noch) in einem aktiven Bundesdienstverhältnis stehen. Sie wählen

- an den Dienststellen (Schulen) den jeweiligen Dienststellenausschuss (DA),
- bei den Landesschulräten den Fachausschuss (FA),
- beim Bundesministerium für Bildung und Frauen den Zentralkommission (ZA).

Neben der Personalvertretung bilden die gewerkschaftlichen Organe die zweite Schiene der Interessensvertretung: an der Schule der gewerkschaftliche Betriebsausschuss (GBA), auf Landesebene die Landessektion, insbesondere die Landesleitungen (LL), und auf Bundesebene die Bundessektionen und deren Leitungen (BL). Die Gewerkschaften der LehrerInnen (Sektion 14 BMHS, Sek-

tion 11 AHS, Sektion 10 APS etc.) bilden mit denen der anderen öffentlich Bediensteten die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD, 27 Sektionen). Die GÖD ist als Gewerkschaft Teil des ÖGB (7 Einzelgewerkschaften).

Die Gewerkschaften sind Verhandlungspartner gegenüber der Arbeitgeberseite, was Arbeitsbedingungen etc. betrifft. In arbeitsrechtlichen Konflikten bieten sie ihren Mitgliedern Rechtsschutz. Die Gewerkschaft handelt auf der Grundlage des Vereinsgesetzes als Verein zur Interessenswahrung seiner Mitglieder. Sie ist ein freiwilliger Zusammenschluss. In der österreichischen Realverfassung ist der ÖGB freilich nicht irgendein Verein, sondern über das System der Sozialpartnerschaft stark in die „Gestaltung“ der Lebensverhältnisse in dieser Gesellschaft eingebunden. Aus dieser Tradition heraus entwickelte der ÖGB ein staatstragendes Grundverständnis seiner Politik, was natürlich noch nicht per se schlecht sein muss, es sei denn, man vergisst darüber, die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Der ÖGB selbst ist überparteilich. Ein Mitglied kann dem ÖGB bzw. einer Einzelgewerkschaft beitreten, ohne sich politisch zu binden. De facto ist der Einfluss der Parteipolitik im ÖGB jedoch sehr groß. Die sozialdemokratische Fraktion (FSG) dominiert den ÖGB und die christliche Fraktion (FCG) die GÖD. ÖAAB/

FCG beherrschen insbesondere die LehrerInnengewerkschaften. Kehren wir zur Verdeutlichung noch einmal zur Unterscheidung zwischen Personalvertretung und Gewerkschaft zurück: So hilft einem die Personalvertretung z.B. dabei, einen besseren Vertrag zu bekommen (unbefristeter Vertrag etc.), welche Verträge es aber überhaupt gibt, das heißt, in welchem Rahmen die PersonalvertreterInnen sich für die LehrerInnen einsetzen können, das entscheiden die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber (in diesem Fall also, dass es überhaupt befristete Verträge gibt). Ob wir LehrerInnen ein Sparpaket zu akzeptieren haben oder ob wir uns dagegen wehren (Streik etc.), das entscheidet die Gewerkschaft, nicht die Personalvertretung (freilich hat es auch immer wieder Streiks gegeben – wenn auch in Österreich nur selten –, die von den Beschäftigten ausgegangen sind und denen sich die Gewerkschaften erst später angeschlossen haben). Der gewerkschaftlichen Interessensvertretung wären also im Prinzip – im Gegensatz zur Personalvertretung – keine Grenzen gesetzt, und sie könnte eifrig und unablässig an der Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen werkeln. Dass davon nicht die Rede sein kann, hängt von zahlreichen Faktoren ab, nicht zuletzt von der Parteiabhängigkeit der großen Fraktionen.

Hier eine Gegenüberstellung der beiden Vertretungsorgane:

Personalvertretung	Gewerkschaft
Gesetzliche Vertretung aller KollegInnen, geregelt durch das PVG (Personalvertretungsgesetz).	Freiwillige Interessensvertretung. Verein, geregelt durch die Statuten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Kostenpflichtige Mitgliedschaft, die gesondert beantragt werden muss.
Ist für die Einhaltung bestehender Gesetze (Beamten-Dienstrechtsgesetz, Gehaltsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz...) und die Begutachtung von Gesetzen, Verordnungen und Erlässen zuständig.	Ist für die Verbesserung bestehender Gesetze im Interesse aller KollegInnen zuständig. Seit 1955 mit der Errichtung der Sozialpartnerschaft an allen Verhandlungen (Lohn- und Gehaltsverhandlungen, Kollektivvertragsverhandlungen...) mitbeteiligt. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen kommen aber auch Nichtmitgliedern zugute.
Dienststellenausschuss (DA): Personalvertretung an den Dienststellen, VerhandlungspartnerIn ist der Schulleiter oder die Schulleiterin. Hat die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren (§2 PVG). Mitwirkung u.a. bei Erstellung der Lehrfächerverteilung, von Stundenplänen, Supplierungen, Belohnungen, Fortbildung, Einzelpersonalangelegenheiten ...	Gewerkschaftlicher Betriebsausschuss (GBA): Weitergabe von Informationen der Landesleitung und der Bundesleitung – Delegiertenwahl und Antragsrecht zum Landestag. Beispiele für GBA-Aktivitäten: Zusammenhang zwischen Schulentwicklung am Standort und gewerkschaftlichen Fragen. Entwickeln von Forderungen (Dienstrecht, Besoldungsrecht, Schulgesetze). Organisation von gewerkschaftlichen Aktivitäten, Kampfmaßnahmen.

Personalvertretungswahl 2014 am 26. und 27. November

Wir sind unabhängig. Keine Partei, unterstützt uns, wir sind auch keiner Partei in irgendeiner Weise verpflichtet, etwa im richtigen Moment einer Maßnahme doch zuzustimmen und zu sagen, dass wir so noch Schlimmeres verhindert hätten.

Als zweitstärkste Fraktion konnten wir auch in den vergangenen Jahren (so wie seit Jahrzehnten) beobachten, wie die mit absoluter Mehrheit ausgestattete stärkste Fraktion FCG genau dieses Argument immer wieder ausgepackt hat. Währenddessen haben sich die Arbeitsbedingungen für uns alle Jahr für Jahr weiter verschlechtert.

Die Steirische LehrerInnen Initiative STELI-UG wird bei der PV-Wahl auf Landesebene wieder für den Fachausschuss (FA) kandidieren, wo uns nur ein Mandat fehlt um endlich diese absolute Mehrheit der FCG zu brechen. Bundesweit sind wir ein Teil der Österreichischen LehrerInnen Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen (ÖLI-UG), die für den Zentralausschuss (ZA) kandidiert.

Personalvertretung und Gewerkschaft dürfen sich nicht weiter einzementieren und nur verhindern. Wir fordern offensiv Verbesserungen und auch Veränderungen, die Schule für alle Beteiligten besser werden lassen. Auch in den kommenden Jahren wird die PV- und Gewerkschaftsarbeit der STELI-UG dadurch gekenn-



von **Karlheinz Rohrer**
(BAKIP Hartberg, Landesleitung
BMHS-LehrerInnen)

zeichnet sein, dass wir basisdemokratische Interessensvertretung betreiben und zugleich fortschrittliche pädagogische Modelle forcieren.

PV-Wahl auf Schulebene

Die einzelnen Schulen wandten in der Vergangenheit verschiedene Verfahren an, um Listen mit KandidatInnen für die Wahl des Dienststellenausschusses (DA) zu erstellen. Die Palette reicht von fraktionell ausgerichteten Gruppierungen über Einheitslisten (mit Vorwahl) bis hin zu diversen „Namenslisten“, von denen sich erstaunlich viele als „parteiunabhängig“ bezeichnen.

Was auf den ersten Blick als erfreulicher Hinweis auf die Selbstständigkeit der Schulen und deren Emanzipation gegenüber Parteien und deren Einfluss gedeutet werden könnte, erweist sich bei genauerem Hinsehen nicht selten als billiger Etikettenschwindel. Es ist doch merkwürdig, wenn bei der nächstbesten PersonalvertreterInnenschulung oder Erweiterten FA-Sitzung plötzlich viele dieser „Unabhängigen“, sobald man sich zu fraktionellen Beratungen zurückzieht, in den Reihen der Mehrheitsfraktion als gute alte Bekannte begrüßt werden und sich dort wohlfühlen. Das ist nicht die Unabhängigkeit, die wir meinen.

Davon unberührt ist aber die Dienststelle tatsächlich ein Ort, an dem fraktionelles Denken keine Rolle spielen sollte, die Probleme sind hier am besten zu spüren und auch zu lösen. Da braucht es Zusammenarbeit und nicht das Denken an den nächsten Wahltag oder gar an die eigene Zukunft als MandatarIn, an den eigenen Aufstieg in den Hierarchien, der viel zu oft nur durch Zugehörigkeit zur Mehrheitsfraktion möglich erscheint (und es leider auch ist).

Die STELI-UG lädt alle KollegInnen, die am Vorhandensein einer wirklich parteiunabhängigen fortschrittlichen Personalvertretung auch auf Schulebene interessiert sind, ein, an ihren Schulen unabhängige Listen aufzustellen und bei der Wahl zum DA anzutreten. Beratung hinsichtlich der dabei zu beachtenden Formalitäten (Termine etc.) gibt's auf der ÖLI-UG-Homepage (www.kreidekreis.net) oder bei uns.

